



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

13. September 2019

# Wochenbericht KW 37

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 28 % bzw. 27 %, SPD bei 16 % bzw. 15 % Grüne bei 23 % bzw. 21 %, AfD bei 15 % bzw. 13 %
Problemlösungskompetenz:	Union stabil vor den Grünen
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Positive Beurteilung der Bundesregierung teils deutlich gestiegen Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen weiterhin deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS
CDU/CSU	27 (-)	28 (-1)
SPD	15 (-)	16 (-)
FDP	8 (-1)	8 (+1)
DIE LINKE	6 (-1)	7 (-1)
B'90/Grüne	23 (-)	21 (-)
AfD	13 (+1)	15 (+1)
Sonstige	8 (+1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.09.	05.-11.09.

Die Union liegt bei forsa 12 (-) und bei Emnid 12 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Linkspartei liegt bei forsa bei 6 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Februar 2019.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	16 (-)
Scholz	32 (-1)
Kramp-Karrenbauer	16 (-)
Habeck	32 (-)
Erhebungszeitraum	02.-06.09.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 16 (-1) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und 16 (-) Prozentpunkte hinter Robert Habeck.

38 % (+5) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 21 % (-5) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 66 % (+3) für Scholz und 6 % (-4) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 41 % (+8) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 16 % (-7) für Habeck aus; von den Anhängern der Grünen präferieren 68 % (+5) Habeck und 8 % (-2) Kramp-Karrenbauer.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.09.2019)

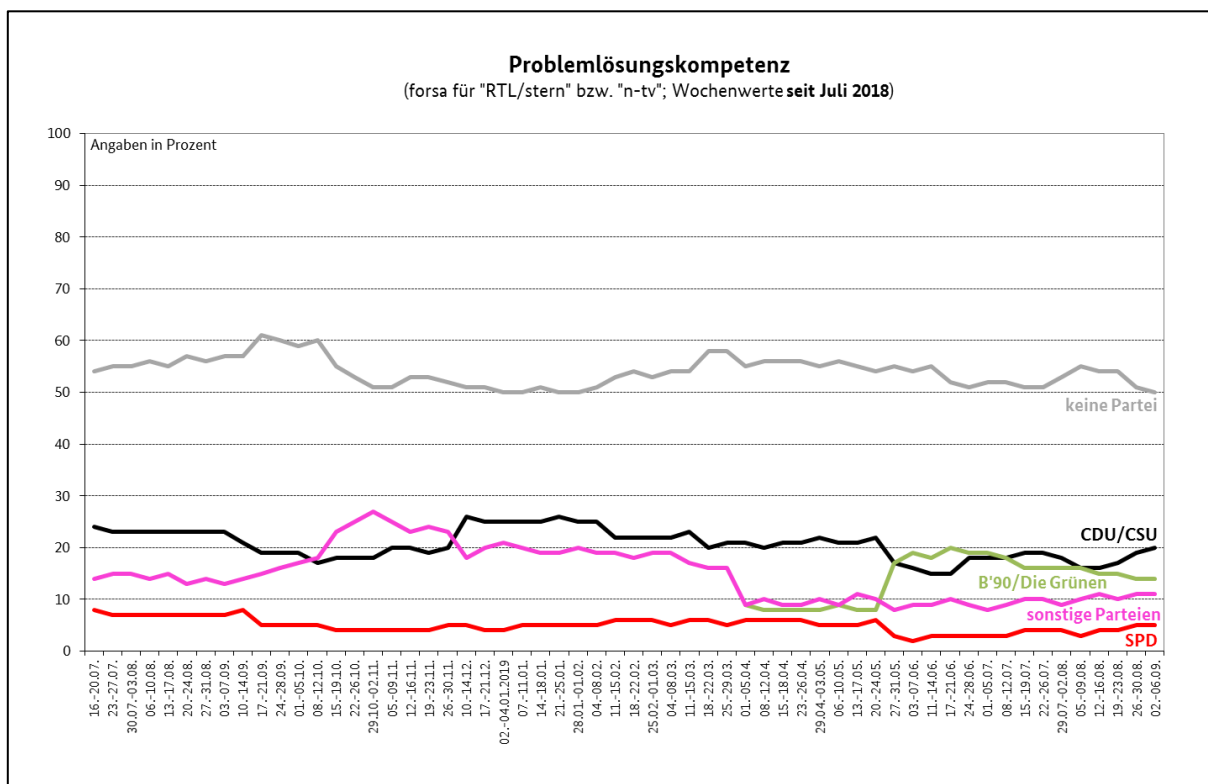
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	20 (+1)
SPD	5 (-)
Grüne	14 (-)
sonstige Parteien	11 (-)
keine Partei	50 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.09.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (+1) Prozentpunkte vor der SPD und 6 (+1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings traut jeder Zweite (-1) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im September 2019

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	74 (+5)	24 (-6)	2 (+1)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	65 (-4)	30 (+3)	4 (+1)	1 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	62 (-2)	35 (+3)	1 (-1)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	60 (-3)	36 (+5)	3 (-1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (-2)	36 (-)	5 (+2)	2 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	58 (-3)	34 (+1)	6 (+2)	2 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	52 (-2)	41 (+5)	5 (-1)	2 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-5)	44 (+6)	5 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (-1)	43 (+5)	7 (-3)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (-4)	44 (+3)	8 (+1)	1 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	40 (-5)	46 (+2)	12 (+2)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (-1)	42 (-2)	15 (+4)	4 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	38 (-8)	41 (+4)	15 (+2)	5 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (-3)	44 (+3)	13 (-1)	5 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (-4)	43 (-3)	12 (+4)	6 (+3)
neue Technologien fördern	36 (+4)	47 (-7)	13 (+2)	3 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (+2)	46 (-1)	16 (-)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-)	49 (-2)	15 (+3)	2 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (+7)	58 (-2)	13 (-3)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	25 (-4)	54 (+2)	17 (+3)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	23 (-2)	53 (+4)	19 (-)	3 (-3)
Staatsschulden begrenzen	21 (-2)	48 (-2)	25 (+5)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-10.09.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. Unter 40-Jährige sehen sie häufiger als sehr wichtig an als über 40-Jährige (80 % zu 70 %). Anhänger der Union (63 %) halten die Bildungspolitik seltener für sehr wichtig.

Der Umwelt- und Klimaschutz wird von Anhängern der Grünen, der Linkspartei (jew. 86 %) und der SPD (80 %) überdurchschnittlich oft als prioritär angesehen. Frauen finden diese Aufgabe häufiger sehr wichtig als Männer (75 % zu 53 %) und Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (67 % zu 54 %). Anhänger der AfD (18 %) halten den Umwelt- bzw. Klimaschutz eher selten für sehr wichtig.

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im September 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2019

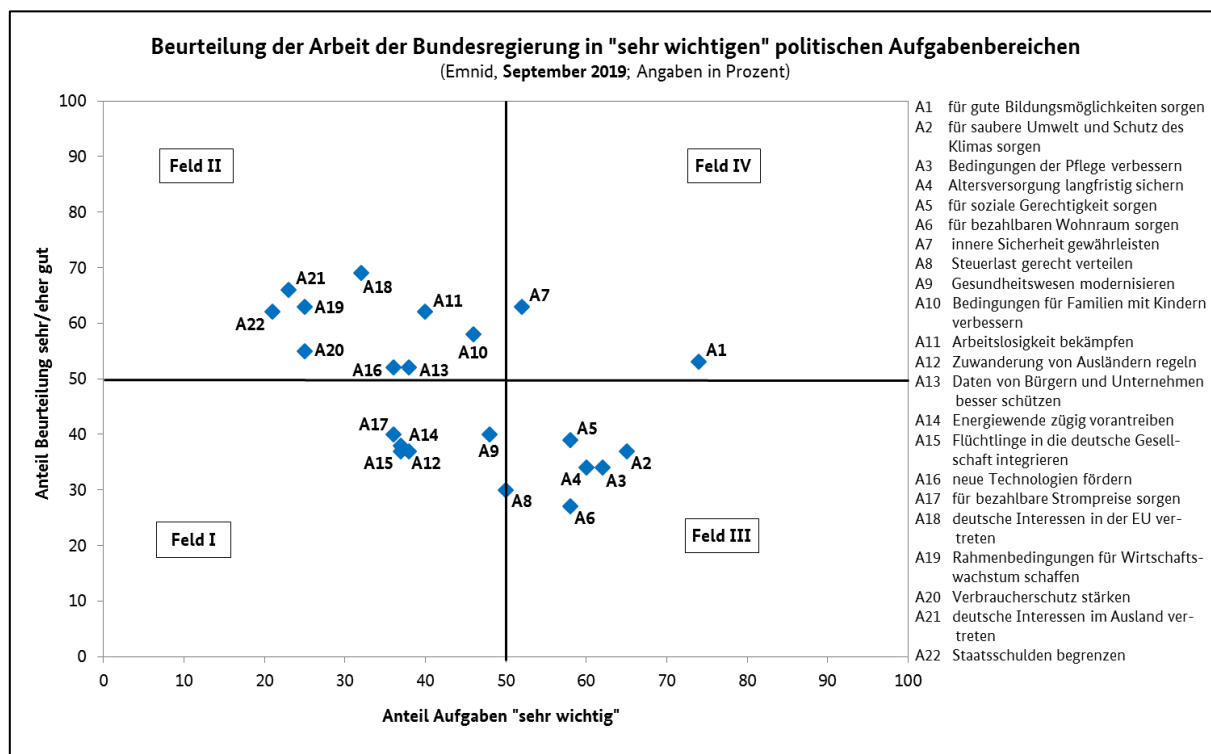
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	69 (+6)	24 (-7)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	66 (+5)	28 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	63 (-1)	29 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (+7)	33 (-7)
Staatsschulden begrenzen	62 (+9)	30 (-7)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62 (+4)	34 (-3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	58 (+4)	36 (-4)
Verbraucherschutz stärken	55 (+4)	35 (-6)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	53 (+3)	44 (-1)
neue Technologien fördern	52 (+3)	40 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	52 (+7)	41 (-5)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (-)	52 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	40 (-1)	54 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	39 (+3)	59 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	38 (+5)	58 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (+3)	58 (-4)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+7)	60 (-6)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	37 (+2)	60 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	34 (+6)	62 (-5)
Altersversorgung langfristig sichern	34 (+3)	62 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	30 (+5)	65 (-4)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	27 (+6)	69 (-6)
Erhebungszeitraum	04.-10.09.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die beste Beurteilung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen in der EU (69 %).

Im Vergleich zum Vormonat ist in fast allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gestiegen. Dies gilt besonders für den Bereich "Staatsschulden begrenzen" (+9 Prozentpunkte).

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im September 2019

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich "für bezahlbaren Wohnraum sorgen" (A6), im Aufgabenbereich "Bedingungen der Pflege verbessern" (A3), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A4), beim Umwelt- und Klimaschutz (A2) und im Aufgabenbereich "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. In diesem Monat sind hier lediglich die Aufgabenbereiche "innere Sicherheit gewährleisten (A7)" und "für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen (A1)" vertreten.

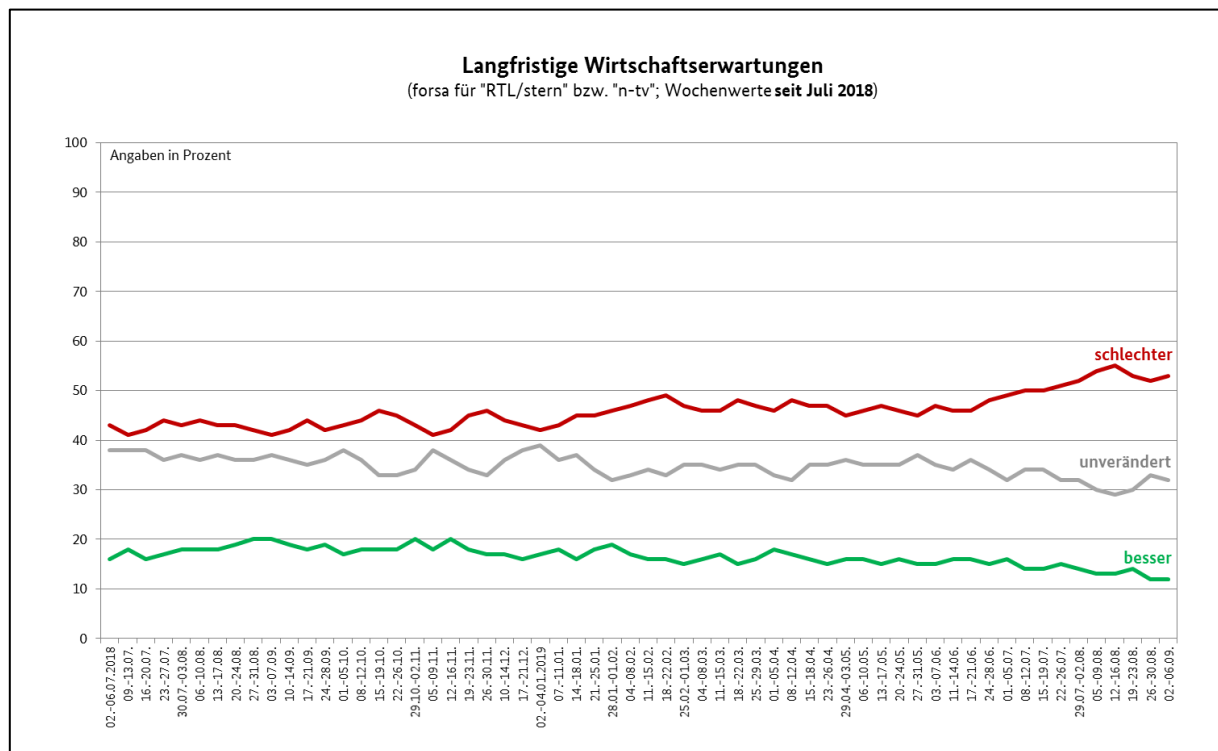
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	12	(-)
schlechter	53	(+1)
unverändert	32	(-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bundesbürger, der eine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, liegt um 41 (+1) Prozentpunkte deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

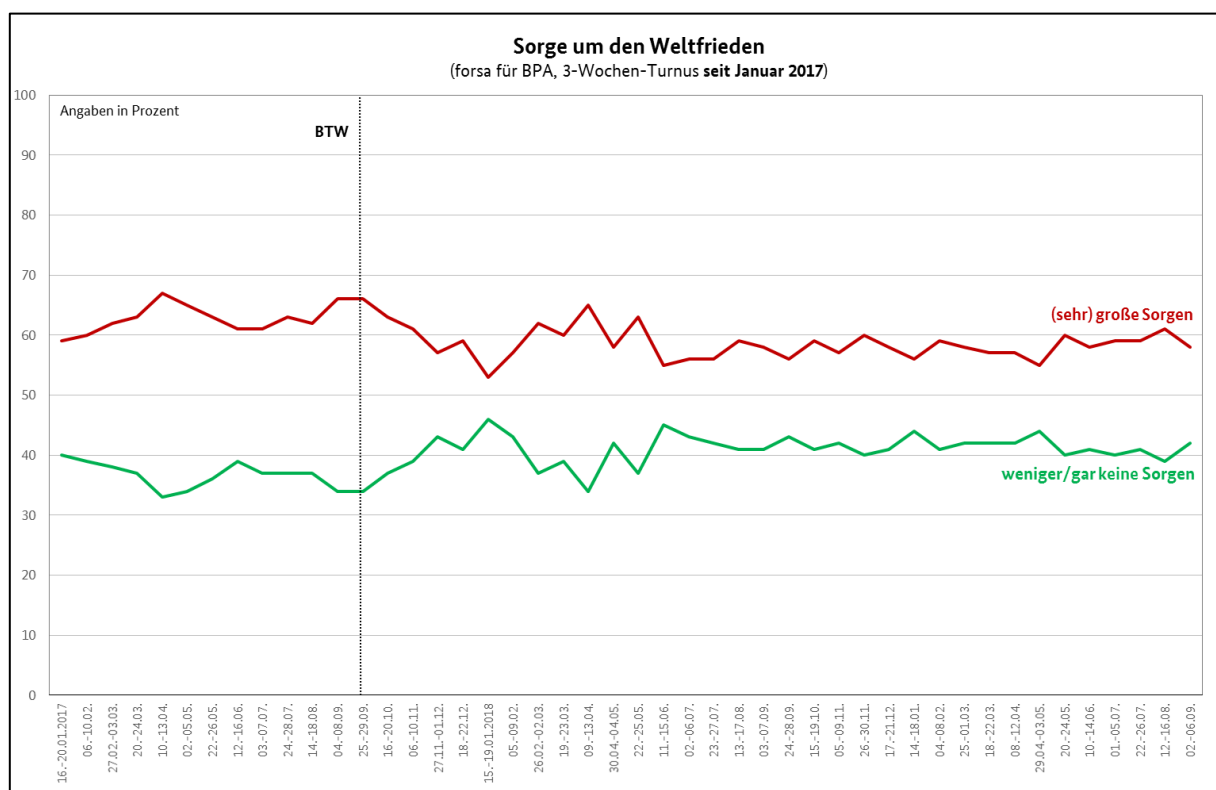


## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA	
sehr große	14 (+1)	
große	44 (-4)	
wenig	34 (+1)	
keine	8 (+2)	
Erhebungszeitraum	02.-06.09.	

Personen mit mittlerem Einkommen (65 %) sowie Anhänger der Linkspartei (80 %) und der Grünen (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (63 % zu 52 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (68 % zu 45 %).



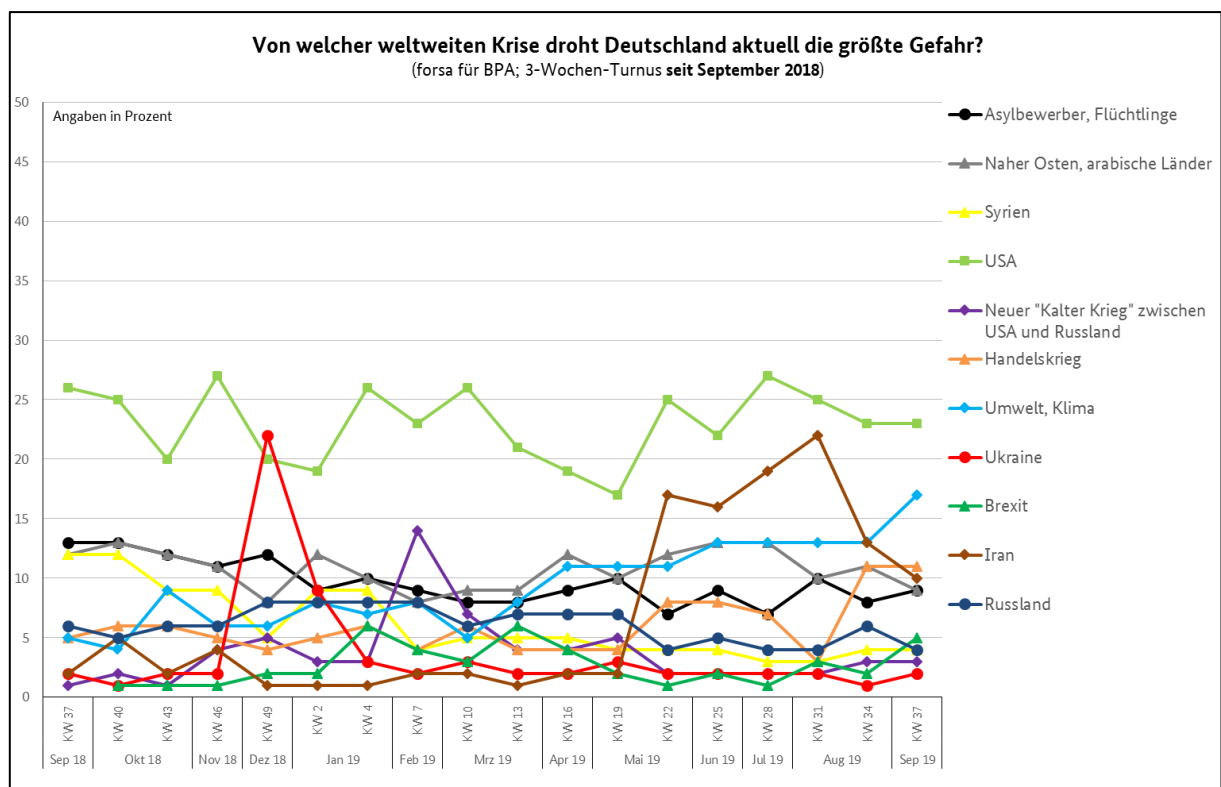


## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA	
USA	23	(-)
Umwelt, Klima	17	(+4)
Handelskrieg	11	(-)
Iran	10	(-3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9	(+1)
Naher Osten, arabische Länder	9	(-2)
Brexit	5	(+3)
Erhebungszeitraum	02.-06.09.	

Knapp ein Viertel der Bundesbürger nimmt die USA weiterhin als größte Gefahr für Deutschland wahr. Anhänger der Linkspartei (37 %) nennen sie überdurchschnittlich oft, über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (27 % zu 16 %).



## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

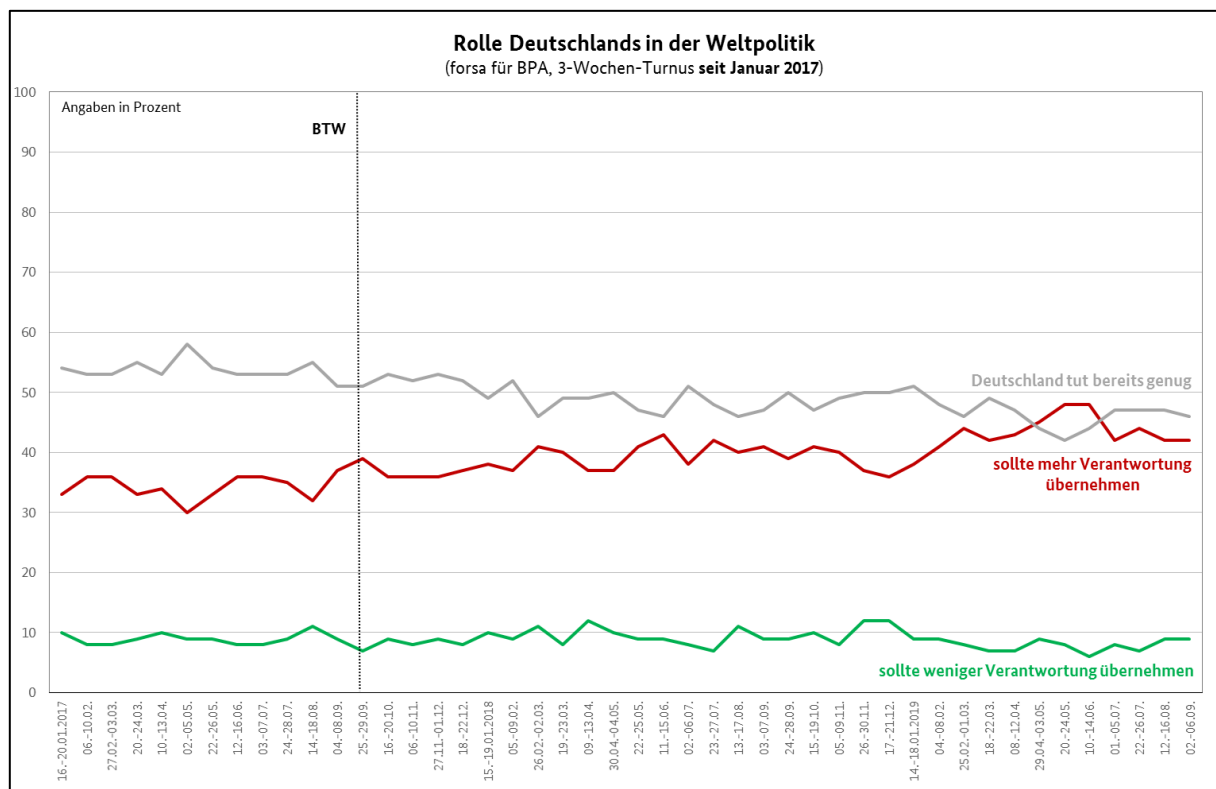
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	42	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(-)
Deutschland tut bereits genug	46	(-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.09.	

Männer, unter 45-Jährige und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 49 %) sowie Anhänger der Grünen (55 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (28 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (55 %) und 45- bis 59-Jährige (54 %) sowie Anhänger der Union (57 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



## Rolle Deutschlands in der EU

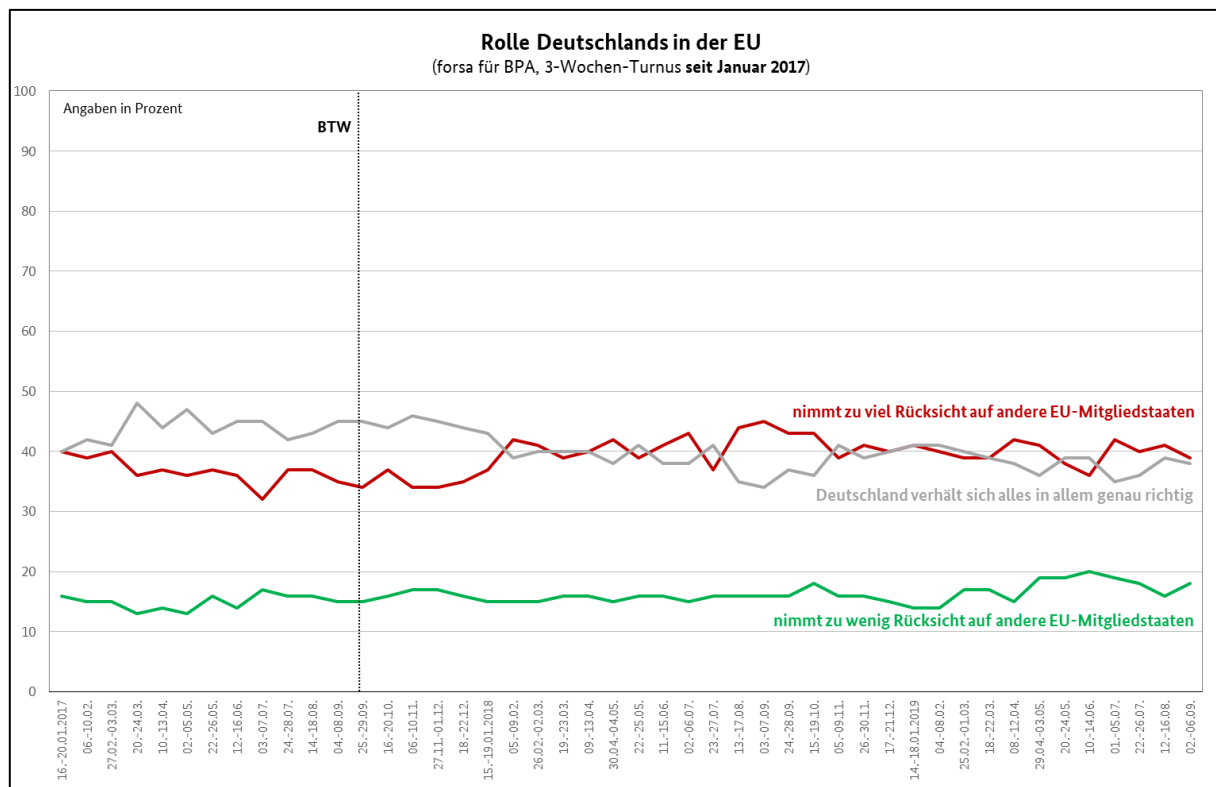
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	39 (-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	18 (+2)
verhält sich alles in allem genau richtig	38 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-06.09.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (47 %) und Anhänger der AfD (70 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (42 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (41 %) sowie Anhänger der Union (51 %) und der Grünen (47 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	<b>infratest dimap</b> für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier	23 (+6)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO <sub>2</sub> -Ausstoß	13 (+3)
Umweltpolitik/-schutz	12 (+3)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	8 (-1)
Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen	6 (-21)
Waldbrände im Amazonas-Gebiet	5 (-2)
Erhebungszeitraum	10.-11.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am häufigsten mit dem Thema "Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier". Über 50-Jährige beschäftigen sich häufiger damit als unter 50-Jährige (28 % zu 19 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (31 % zu 21 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (29 % zu 18 %).

Anhänger der Grünen (21 %) erwähnen die Umweltpolitik bzw. den Umweltschutz besonders oft.

